

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD)

vom 06. Januar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Januar 2014) und **Antwort**

Kauf von Steuersünder-Dateien 2013: Anzahl der Selbstanzeigen und Höhe der Steuernachzahlungen in Berlin?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. An wie vielen Kauf-Aktionen von Steuersünder-Dateien war Berlin jeweils in den Jahren 2010-2013 beteiligt?

Zu 1.: Das Land Berlin hat sich im Jahr 2010 an den Kosten eines Ankaufs, im Jahr 2011 an den Kosten zweier Ankäufe und im Jahr 2012 an den Kosten eines Ankaufs beteiligt.

2. Wie hoch waren die jeweiligen Kaufsummen und mit welcher Summe war Berlin in den Jahren 2010-2013 und insgesamt daran beteiligt?

Zu 2.: Insgesamt beliefen sich die dem Land Berlin seit 2010 mitgeteilten Kosten für den Ankauf auf rund 7,7 Mio. Euro. Sie wurden hälftig auf Bund und Länder aufgeteilt, wobei das Land Berlin entsprechend dem sog. Königsteiner Schlüssel einen Anteil von rund 195.000 € übernommen hat. Es hat sich im Jahr 2010 mit rund 62.900 €, im Jahr 2011 mit rund 42.400 € und im Jahr 2012 mit rund 89.700 € beteiligt.

3. Wie viele Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung wurden jeweils in den Jahren 2010-2013 und insgesamt in Berliner Finanzämtern erstattet?

Zu 3.: Im Zusammenhang mit Geldanlagen in der Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein wurden im Jahr 2010 854, im Jahr 2011 193, im Jahr 2012 303, im Jahr 2013 966 und seit 2010 insgesamt 2.316 Selbstanzeigen erstattet (Stand 31.12.2013).

4. In welcher Höhe sind aufgrund dieser Selbstanzeigen in den Jahren 2010-2013 und insgesamt Steuernachzahlungen für den Berliner Landeshaushalt vereinnahmt worden?

Zu 4.: Im Jahr 2010 wurden rund 55.000.000 €, im Jahr 2011 rund 35.000.000 €, im Jahr 2012 rund 22.000.000 € und im Jahr 2013 rund 24.000.000 € Steuernachzahlungen aus den Selbstanzeigen vereinnahmt, bislang insgesamt rund 136.000.000 €.

Berlin, den 22. Januar 2014

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Jan. 2014)